

PRESSEMITTEILUNG

TTIP

Von wegen Chlorhühnchen

Die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den USA sorgt für Kritik und wird argwöhnisch beäugt. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) betont allerdings, dass es durch die Partnerschaft gerade für Deutschland deutlich mehr Vor- als Nachteile gäbe. Zudem könnte sich TTIP – richtig genutzt – positiv auf die Zukunft der Welthandelsordnung auswirken.

Geht es um TTIP, diskutiert Deutschland vor allem über Chlorhühnchen. Und das, obwohl Agrarwaren weniger als 1,2 Prozent des deutschen Warenhandels mit den USA ausmachen und Chlorhühnchen aus wissenschaftlicher Sicht ungefährlich sind. Entsprechend rückt das IW Köln bei seiner Bewertung der Partnerschaft andere Aspekte in den Fokus: Die deutschen Warenexporte in die USA machten 2013 mit knapp 90 Milliarden Euro rund 8 Prozent der gesamten Warenexporte aus. Laut IW-Schätzung hängen damit etwa 600.000 Jobs direkt oder indirekt von den US-Ausfuhren ab.

TTIP kann laut IW-Studie einerseits helfen, diese Jobs langfristig zu sichern, andererseits kann die Partnerschaft zu mehr Wohlstand bei Konsumenten und Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks führen. Denn bislang werden nach IW-Schätzung allein im Industriewarenhandel jährlich rund 3,5 Milliarden Euro an Zöllen zwischen den beiden Staaten fällig – Kosten, die Güter unnötig verteuern. Zudem hemmen vor allem rechtliche Regelungen, etwa unterschiedliche Produktstandards, den Handel unnötig.

Nach Einschätzung von IW-Direktor Michael Hüther ist TTIP ohnehin in größerem Kontext zu denken: „Für Europa und damit vorrangig für Deutschland steht geopolitisch die Frage im Raum, ob wir im Rahmen einer G3 gemeinsam mit den USA und China die Geschicke der Welt mitgestalten können, oder ob wir nur am Katzentisch sitzen.“ Zudem, so die Verfasser der Studie, könnte TTIP helfen, der Welthandelsordnung neues Leben einzuhauchen: Die Partnerschaft dürfte die vorerst ausgegrenzten Schwellenländer zu mehr handelspolitischer Kooperation drängen. Damit aber neue multi- oder plurilaterale Abkommen möglich werden, müssen auch die EU und die USA alles daran setzen, die Welthandelsordnung zu stärken.

Galina Kolev: TTIP – Mehr als Handelsliberalisierung, [Policy Paper 11/2014](#)

Ansprechpartner im IW: **Dr. Galina Kolev, 0221 4981-774 und Jürgen Matthes, 0221 4981-754**

**iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.**

Handelspartner USA

TTIP. Die Verhandlungen über das Transatlantische Handels- und Investitionschutzabkommen – kurz TTIP – zwischen den USA und der EU dauern voraussichtlich noch bis Ende 2015. Wie wichtig das Abkommen für Deutschland ist, zeigt der Blick auf den Warenhandel mit den Vereinigten Staaten.

Gut 8 Prozent aller deutschen Warenexporte gingen 2013 in die USA – der Umsatz betrug mehr als 88 Milliarden Euro. Im Gegenzug machten die US-amerikanischen

Produkte für 48 Milliarden Euro gut 5 Prozent der deutschen Warenimporte aus. Etwa 600.000 Arbeitsplätze hängen letztlich an den Warenexporten für Uncle Sam. Hinzu kom-

men noch zahlreiche Jobs, die sich mit der Ausfuhr von Dienstleistungen in die Staaten beschäftigen.

Zwar werden fast zwei Drittel der an die USA verkauften Waren in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gefertigt. Doch die US-Amerikaner sind für nahezu alle Bundesländer wichtige Kunden – in fünf Ländern liegt der



IW policy paper
12/2014

Galina Kolev: TTIP – Mehr als Handelsliberalisierung
iwkoeln.de/ttip

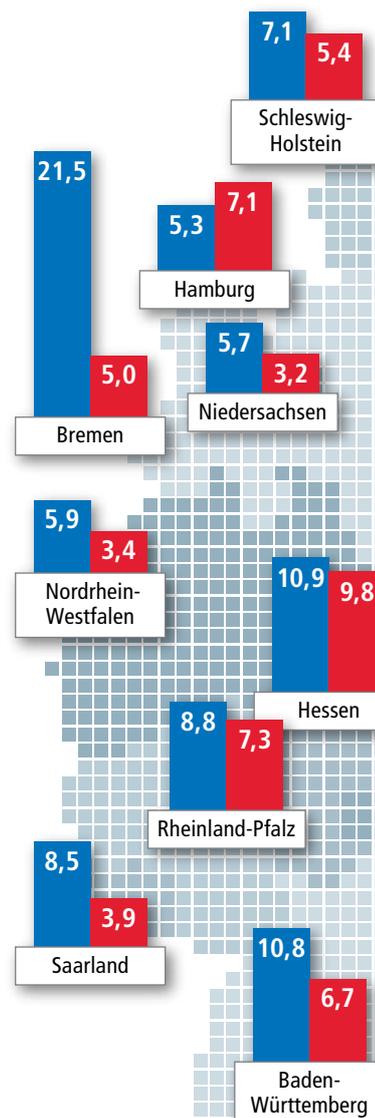
Das Bundesländer-Ranking

Im Jahr 2013 **exportierte** Deutschland Waren in die USA im Wert von 88,4 Milliarden Euro. Davon entfielen so viel Prozent auf diese Bundesländer

Bayern	24,0
Baden-Württemberg	23,8
Nordrhein-Westfalen	13,4
Hessen	7,9
Niedersachsen	5,7
Rheinland-Pfalz	5,2
Bremen	4,0
Sachsen	3,6
Hamburg	3,3
Brandenburg	2,3
Schleswig-Holstein	1,7
Berlin	1,6
Saarland	1,4
Thüringen	1,0
Sachsen-Anhalt	0,7
Mecklenburg-Vorpommern	0,3

Im Jahr 2013 **importierte** Deutschland Waren aus den USA im Wert von 48,4 Milliarden Euro. Davon gingen so viel Prozent in diese Bundesländer

Baden-Württemberg	19,1
Bayern	18,9
Hessen	15,9
Nordrhein-Westfalen	14,3
Hamburg	10,0
Niedersachsen	5,3
Rheinland-Pfalz	4,7
Berlin	2,6
Schleswig-Holstein	2,1
Brandenburg	2,0
Sachsen	1,7
Bremen	1,4
Saarland	0,9
Thüringen	0,5
Sachsen-Anhalt	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	0,1



Ursprungsdaten:
Statistisches Bundesamt

